

### Zusammenfassung

**Die zunehmende und weiterreichende Erholung Europas ...**

**... trägt erheblich zum globalen Wachstum bei.**

**Risiken sind zurzeit besser ausgewogen, mittelfristig zeigen sie jedoch abwärts.**

**Die Politik sollte die Erholung nutzen.**

**Haushaltsdefizite abbauen, wo die Verschuldung hoch ist, und langfristiges Wachstum unterstützen, wo die Haushaltspositionen stark sind.**

**In den meisten Ländern eine akkommodierende Geldpolitik beibehalten.**

Die Erholung Europas gewinnt an Fahrt und weitet sich zusehends aus. Das reale BIP-Wachstum wird für 2017 mit 2,4 Prozent projiziert; 2016 lag es bei 1,7 Prozent und 2018 wird es auf 2,1 Prozent nachlassen. Mit 0,5 und 0,2 Prozentpunkten für 2017 bzw. 2018 handelt es im Vergleich zum *World Economic Outlook* (Weltwirtschaftsausblick) vom April um große Korrekturen nach oben. Die Erholung Europas macht sich auch im Rest der Welt bemerkbar und trägt in starkem Maße zum globalen Wachstum bei. In einigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften und vielen Schwellenländern sind die Arbeitslosenquoten auf Vorkrisenniveau gesunken. Die meisten Schwellenländer Europas erleben einen robusten Anstieg ihrer Löhne und Gehälter. In vielen Teilen Europas allerdings gestaltet sich das Wachstum der Löhne trotz sinkender Arbeitslosigkeit schleppend.

Die Risiken scheinen in näherer Zukunft ausgewogener, mittelfristig jedoch weisen sie nach wie vor eine Abwärtsneigung auf. Auf kurze Sicht kann die Erholung stärker ausfallen als angenommen. Allerdings bleibt die Nachhaltigkeit der Erholung fraglich. Längerfristig werden ungünstige demografische Trends und verhaltene Produktivität vermutlich das Wachstum bremsen. Der Ausblick unterliegt zudem mehreren wichtigen internen und externen Abwärtsrisiken.

Die Politik sollte die besseren Aussichten zur Bildung fiskalischer Puffer nutzen und die Kapazität der Volkswirtschaft für Wachstum und Abfederung von Schocks erhöhen. Viele fortgeschrittene und aufstrebende Volkswirtschaften müssen ihr immer noch erhöhtes Haushaltsdefizit auf wachstumsfreundliche Weise abbauen. Diese Aufgabe ist vor allem für die Länder mit hoher Staatsverschuldung wichtig, weil die Zinsen im Lauf der Zeit wahrscheinlich steigen werden. Länder mit einer stärkeren Haushaltsposition sollten vorhandenen Spielraum nutzen und ihr Wachstumspotenzial anheben sowie Strukturreformen unterstützen. Momentan kann die Geldpolitik angesichts des schwachen Inflationsdrucks in einem Großteil Europas akkommodierend bleiben. Aber wo die Löhne angezogen haben, sollten die Zentralbanken sich auf einen schrittweisen Abbau der Konjunkturlösungen vorbereiten, damit die Inflationserwartungen fest verankert bleiben.

Die Strukturpolitik muss die Konvergenz, die nach der Krise nachgelassen hat, wieder neu beleben und das Wachstumspotenzial steigern. Die Prioritäten sind von Land zu Land unterschiedlich.

In vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften sind schnellere Fortschritte bei den Strukturreformen erforderlich, wenn das Produktivitätswachstum erhöht werden soll, zum Beispiel durch wettbewerbsfähigere Gestaltung der Produktmärkte und

Verbesserung von Arbeitsmärkten, Aus- und Weiterbildung. Was die Altlasten der Krise anbelangt, müssen vor allem die Bilanzen von schwachen Banken wieder in Ordnung gebracht werden.

**Strukturreformen zu Steigerung von Produktivität und Abbau der Altlasten aus der Krise voranbringen.**

Es muss mehr zur Stärkung der Europäischen Union (EU) getan werden, insbesondere für die Widerstandskraft des Euroraums gegenüber Schocks. Das heißt, dass die Bank- und Kapitalmarktunionen abgeschlossen und eine Fiskalkapazität für den Euroraum aufgebaut werden müssen, damit ein makroökonomischer Stabilisierungsmechanismus zur Verfügung steht. Gleichzeitig müssen Altlasten auf dem Bankensektor abgewickelt und gemeinsame Haushaltsregeln streng umgesetzt werden.

Volkswirtschaften in Schwellenländern sollten ihr Wirtschaftsumfeld weiter verbessern. Nachdem die Länder in der Region eine Zeitlang stark aufholten, geht die Annäherung an ihre weiter fortgeschrittenen Partner in Europa jetzt allgemein merklich langsamer vonstatten. Damit diese Annäherung wieder an Tempo gewinnt, sollte man den Fokus auf die nächste Generation von Reformen, insbesondere in Institutionen und Governance, richten.

**Institutionen und Governance sind maßgebend für Produktivität und inklusives Wachstum.**

Institutionen sind maßgebend für Wachstum und das rechtliche Rahmenwerk ist eine entscheidende Institution und für das Geschäftsumfeld unabdingbar. Starke Institutionen schaffen gerechtere Bedingungen, die wiederum Wettbewerb fördern, gut ausgebildete Mitarbeiter halten und anziehen und für ein inklusives und nachhaltiges Wachstum sorgen. Aufbauend auf den Erfahrungen der letzten 25 Jahre in Mittel-, Ost- und Südosteuropa gibt Kapitel 2 Einblick, wie Länder die Effektivität ihrer Justiz verbessern könnten. Es wurde viel erreicht, aber man musste auch Rückschläge hinnehmen. Eine gerechtere Verteilung von Ressourcen und Chancen, stärkere Kapazitäten auf staatlicher Seite und erhöhte Transparenz führten zu größerer Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Wirksamkeit in der Justiz. Die EU und der Europarat halfen dabei, Reformen auf den Weg zu bringen, deren Dauerhaftigkeit jedoch stärker von inländischen Faktoren abhing. In Zukunft sollten Reformen sich auf starke Wettbewerbsregeln, Abbau von Handels- und Zugangsschranken und auf redistributive Fiskalpolitik zur Erweiterung von Chancen konzentrieren. Öffentliche Amtsträger müssen ausschließlich nach ihrer Leistung ausgewählt und befördert werden. Transparenz kann durch garantierte Informationsfreiheit, aber auch durch Bereitstellung von Daten zur Leistung der Regierung, Verwendung öffentlicher Ressourcen, zu Finanzbeteiligungen und Eigentumsstrukturen erhöht werden.

**Verbesserung von Ressourcenverteilung, staatlicher Kapazität und Transparenz fördert effektivere Justizsysteme.**

**Der Abbau stark notleidender Kredite durch Aufsichtsmaßnahmen, bessere Konkurs- und Insolvenzregelungen und Beschleunigung von Gerichtsverfahren werden Kredite und Wachstum im westlichen Balkan ankurbeln helfen.**

Kapitel 3 erörtert die spezifischen Herausforderungen der Banken in den Volkswirtschaften der westlichen Balkanländer. In vieler Hinsicht leiden die Banken in dieser Region noch an den Auswirkungen der geplatzten Kreditblase. Diese Altlast hemmt das Kreditwachstum zu einer Zeit, in der es am nötigsten gebraucht wird. In den meisten Ländern der Region liegt das Verhältnis von Krediten zu BIP noch unter Potenzial und lässt wenig Zeichen der Verbesserung erkennen. Die Politik ist hier an mehreren Fronten gefordert. Qualitätsprüfungen von Vermögensgegenständen und aufsichtsrechtliche Maßnahmenpläne können zum Abbau notleidender Kredite und zur Erhöhung der Rentabilität beitragen. Finanzierungsgrundlagen lassen sich durch bessere Kommunikation mit Mutterbanken und Bankenaufsehern sowie durch Streuung der Finanzierungsquellen verbessern. Die Arbeit an schwachen Konkurs- und Insolvenzregelungen, die Verbesserung von Katastersystemen und die Beschleunigung schleppender Gerichtsverfahren können strukturelle Hindernisse des Kreditwachstums abbauen helfen.